



CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Straße 173 · 19053 Schwerin

Bund Deutscher Kriminalbeamter e.V.
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
komm. Landesvorsitzender
c/o KPI Rostock, Ulmenstraße 54, 18057 Rostock

**Christlich Demokratische Union
Mecklenburg-Vorpommern**
Wismarsche Straße 173
19053 Schwerin

Telefon 0385 59004-0
Telefax 0385 59004-29
E-Mail: post@cdu-mv.de
www.cdu-mv.de

 /CDU.Mecklenburg.Vorpommern
 @cdu_mv

Schwerin, 14.07.2021

Landtagswahl 2021

Wahlprüfsteine des Bundes Deutscher Kriminalbeamter e.V. LV M-V

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, an Ihrer Befragung teilnehmen und Ihren Mitgliedern die gestellten Fragen beantworten zu können. Wir haben uns mit den einzelnen Themenschwerpunkten inhaltlich auseinandergesetzt und unsere Argumentation kurz dargestellt.

Die Anforderungen an die Polizei sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Gründe dafür sind die geänderte Sicherheitslage durch Terrorismus, eine zunehmende Gewaltkriminalität und steigende Cyberkriminalität, die Bewältigung der Flüchtlingslage und eine Ausbreitung extremistischer und verfassungsfeindlicher Gruppierungen. Auch politische, sportliche und kulturelle Großevents erfordern zunehmend eine stärkere Präsenz der Polizei.

In den letzten Jahren war hauptsächlich durch die Initiative der CDU ein erheblicher Stellenzuwachs bei der Schutzpolizei zu verzeichnen. Wir sind der Auffassung, dass weitere 150 zusätzliche Stellen für die Kriminalitätsbekämpfung bei der Justiz und der Kriminalpolizei geschaffen werden müssen für die effektive Bekämpfung von Kinderpornografie, Internetkriminalität und des Rechts- und Linksextremismus und Islamismus. Wir sind auch der Auffassung, dass die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen sich bewährt hat und diese ausgeweitet werden muss, um Straftaten vorzubeugen bzw. diese umfassend aufzuklären.

Nach dem Grundgesetz hat jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt. Deshalb sind öffentliche Ämter nach dem Leistungsgrundsatz zu besetzen und das Dienstalter oder entsprechende Standzeiten können bei der Besetzung von Beförderungsstellen nur bei einem Gleichstand der jeweiligen Leistung der Bewerber berücksichtigt werden.

Der Entscheidung über die Vergabe eines höherwertigen Amtes muss nach leistungsbezogenen Gesichtspunkten erfolgen, die darüber Aufschluss geben, inwieweit Bewerber den Anforderungen ihres Amtes genügen und sich in einem höheren Amt voraussichtlich bewähren werden. Dabei ist auch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zu den Beförderungskriterien zu berücksichtigen.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern erkennt an, dass bei den besonderen physischen und psychischen Anforderungen des vollzugspolizeilichen Dienstes und der Notwendigkeit, sich Gefahren für Leib und Leben auszusetzen und in extremen Einsatzsituationen in kürzester Zeit einschneidende Maßnahmen treffen zu müssen, Belastungen wie die wiederkehrenden Erinnerungen an traumatische Einsatzerlebnisse und das Problem der Wiedererkennung durch Straftäter auch nach der Pensionierung weiterbestehen und sich nachhaltig auf die Lebensqualität der Polizeibeschäftigten auswirken können. Wir werden uns daher grundsätzlich für eine angemessene Besoldung der Polizeibeschäftigten, insbesondere bei besonderen physischen und psychischen Anforderungen des vollzugspolizeilichen Dienstes, und auch für die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage einsetzen. Im Fall einer Regierungsbeteiligung sind wir bereit, diese Forderung in den Koalitionsvertrag einfließen zu lassen.

Für die CDU Mecklenburg-Vorpommern ist die Wertschätzung der beruflichen Lebensleistung aller Polizeibeschäftigten ein zwingendes Gebot und die Steigerung der Attraktivität aller Laufbahngruppen in der Polizei ein wirksames Mittel, dieses auszudrücken und so geeignete Bewerber für diese Laufbahngruppen zu erreichen und zu binden.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern ist Sprecherin der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unseres Landes, insbesondere der Polizei, der Feuerwehr, der Kommunen und der Justiz. Wir werden die begründete Argumentation für eine Wertschätzung der beruflichen Leistung und eine angemessene Ausstattung und persönliche Entwicklung weitertragen und sich weiterhin nachdrücklich für die Interessen der Polizistinnen und Polizisten unseres Landes einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Waldmüller
Generalsekretär